

**Beschluss (vorläufig)** Kapitel 6: Ermöglichen, was vor Ort am besten gelingt: Europa der Regionen und Kommunen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 10.11.2018  
Tagesordnungspunkt: EP-E Europawahlprogramm (Kapitel 6)

- 1 Die Stärke und Attraktivität der EU liegt in ihrer Vielfalt. Diese Vielfalt wird durch die  
2 europäische Gründungsidee geschützt. Die EU will keine übergeordnete Zentralmacht  
sein,  
3 sondern Mitgliedstaaten, Regionen und Kommunen zu einem friedlichen und  
fruchtbaren  
4 Miteinander befähigen. Sie sollen ihre jeweils eigenen demokratischen  
5 Entscheidungsspielräume behalten. Wir wollen, dass auch in Zukunft die politischen  
6 Entscheidungen dort verwirklicht werden, wo sie am besten gelingen: in den Dörfern  
und  
7 Städten.
- 8 Die Kommunen sind das Fundament der Europäischen Union. Hier organisieren die  
Bürger\*innen  
9 ihr Zusammenleben im Alltag, hier wirkt europäische Politik unmittelbar, hier kann der  
10 Grundstein für mehr Europa gelegt werden. Hier findet Europa jeden Tag statt.
- 11 Es ist deshalb richtig, dass so viele Entscheidungen wie möglich auf kommunaler Ebene  
12 getroffen werden. Das Subsidiaritätsprinzip – also Entscheidungen möglichst bürgernah  
zu  
13 treffen – ist die Grundlage für ein erfolgreiches Europa. Das bedeutet aber auch, dass  
14 Europa da unterstützend wirken soll, wo Kommunen an ihre Grenzen stoßen.
- 15 Nicht alles in Europa muss gleich gemacht werden. Und nicht jeder Lebensbereich soll  
16 reguliert werden. Der europäische Binnenmarkt ist eine wichtige Errungenschaft, aber  
die  
17 Umsetzung seiner Wettbewerbsregeln darf nicht dazu führen, dass Kommunen zum  
Beispiel zur  
18 Privatisierung der öffentlichen Güter gezwungen werden. Ein Ausverkauf öffentlicher  
Aufgaben  
19 in der Daseinsvorsorge ist mit Grünen Überzeugungen nicht vereinbar. Die  
Selbstbestimmung  
20 der Regionen und Kommunen muss auch in Zukunft fester Bestandteil eines geeinten  
Europas  
21 sein.
- 22 Wenn EU und Kommune Hand in Hand arbeiten, kann wirklich etwas für die  
Bürger\*innen  
23 verbessert werden. Beispielsweise kümmert die EU sich darum, dass  
grenzüberschreitender  
24 Verkehr funktioniert, und die Kommune gestaltet den örtlichen Busfahrplan. Diese  
Prozesse  
25 müssen ineinandergreifen und funktionieren, denn Europa lebt von der Verständigung  
und dem  
26 Austausch über Grenzen hinweg. So entsteht ein europäisches Gemeinschaftsgefühl.

Bereits

27 jetzt gibt es eine europäische Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden  
Metropolregionen, die  
28 Brücken nicht nur zwischen Ländern und Kommunen entstehen lässt, sondern vor allem  
auch  
29 zwischen den Menschen.

30 Der europäische Gedanke verankert sich in den Köpfen der Bürger\*innen, wenn sie die  
Arbeit  
31 der EU in den Kommunen erleben, etwa wenn Straßen oder Gebäude mit  
Förderprogrammen der EU  
32 errichtet werden. Wir wollen den Kommunen einen einfachen, direkten Zugang zu den  
33 Fördermitteln geben.

### 34 **6.1 Daseinsvorsorge vor Privatisierung schützen**

35 Eine funktionierende Grundversorgung, also die Bereitstellung von Gütern wie  
Trinkwasser,  
36 aber auch der Zugang zu kulturellen Einrichtungen und schnellem Internet wie auch die

37 Verfügbarkeit von öffentlichen Dienstleistungen wie der Feuerwehr bilden die Basis  
unseres  
38 gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir wollen nicht, dass beispielsweise das gut  
39 funktionierende lokale Wassernetz ein Spekulationsobjekt wird und darunter die  
40 Wasserqualität leidet. Eine funktionierende Daseinsvorsorge sichert die Lebensqualität  
der  
41 Bürger\*innen und trägt zum sozialen Zusammenhalt bei. Es macht einen Unterschied,  
ob sich  
42 Bürger\*innen bei konkreten Problemen an ihre Gemeinde und an ihre gewählten  
Vertreter\*innen  
43 wenden können oder in der Warteschleife einer anonymen Firmenzentrale hängen.

44 Die Europäische Union hat eine doppelte Bedeutung für Kommunalpolitik. Sie darf die  
45 kommunale Daseinsvorsorge nicht behindern. Es wird aber oft übersehen, dass die EU  
die  
46 Kommunen auch vor Liberalisierungsdruck schützen kann. Das wollen wir stärken und  
ausbauen.

47 Wo Kommunen und Regionen in eigener Verantwortung über Dienstleistungen der  
Daseinsvorsorge  
48 entscheiden, dürfen ihre Handlungsspielräume nicht eingeschränkt werden. Wir  
schützen die  
49 öffentliche Daseinsvorsorge vor Deregulierung und Privatisierung. Dies gilt auch bei  
50 Verhandlungen über EU-Handelsabkommen mit anderen Wirtschaftsräumen, wie CETA  
mit Kanada  
51 oder JEFTA mit Japan. Wir wollen eindeutige Schutzklauseln gegen neue, zusätzliche  
Risiken,  
52 die soziale Dienstleistungen, die Wasserversorgung oder den Bildungsbereich bedrohen  
können.

53 Das größte Risiko geht von möglichen Investoren aus, die aufgrund von  
Gewinnerwartungen  
54 gegen soziale, gesundheits- oder umweltschützende Standards klagen. Es ist unser  
Ziel, dass  
55 die Europäische Union klare und umfassende Ausnahmen für die kommunale

56 Daseinsvorsorge und  
für öffentliche und soziale Dienstleistungen schafft.

57 Sozialen Wohnungsbau unterstützen

58 Bezahlbarer Wohnraum ist in vielen Städten Europas zu einem so knappen Gut  
geworden, dass

59 Menschen aus innerstädtischen Quartieren verdrängt werden. Das gefährdet den  
60 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die EU muss deshalb dazu beitragen, dass Mieten  
nicht zum

61 Armutsrisiko wird. Diesem Ziel läuft eine Einschränkung der EU-Kommission von 2011  
zuwider,

62 wonach die Förderung von Sozialwohnungen nur unter ganz bestimmten restriktiven  
Kriterien

63 wettbewerbskonform und damit erlaubt ist. Es gibt in den Kommunen aber sehr  
unterschiedliche

64 Probleme und Lösungsansätze, die nicht nach einem EU-weiten Schema zu bestimmen  
sind. Diese

65 Einschränkung der EU-Kommission wollen wir aufheben. Europa soll sozialen  
Wohnungsbau

66 ermöglichen. Er kann zudem aus den Struktur- und Investitionsfonds gefördert werden;  
die

67 Europäische Investitionsbank unterstützt bereits mit zinsgünstigen Krediten. Diese  
Programme

68 wollen wir ausbauen und den Zugang für die Kommunen einfacher gestalten.

69 Wasserversorgung schützen

70 Wir werden uns weiterhin jedem Versuch entgegenstellen, die öffentliche  
Wasserversorgung zum

71 Investitionsobjekt für internationale Unternehmen zu machen, wie es zum Beispiel im  
72 Handelsabkommen mit Japan (JEFTA) vereinbart wurde. 2013 konnten wir an der Seite  
der

73 Europäischen Bürgerinitiative Right2Water die Liberalisierungspläne der Europäischen  
74 Kommission zurückweisen und eine Ausnahmeregelung für Wasserdienstleistungen im  
europäischen

75 Vergaberecht durchsetzen. Damit bleiben die Kommunen und Gemeinden zunächst für  
die

76 öffentliche Daseinsvorsorge bei der Wasserversorgung verantwortlich. Im April 2019  
wird die

77 Ausnahmeregelung erneut von der Kommission überprüft. Wir werden uns dafür  
starkmachen, dass

78 sie in ihrer jetzigen Form erhalten bleibt.

79 Energie in Bürgerhand

80 Bürger\*innen, Kommunen und Regionen, aber auch regionale Unternehmen und das  
Handwerk sind

81 entscheidende Akteure der Energiewende. Für eine erfolgreiche und bürgernahe  
europäische

82 Energie- und Klimapolitik ist ihr Engagement unerlässlich. Wir wollen verhindern, dass  
die

83 Chancen allein von Großunternehmen und wenigen finanzstarken Investoren genutzt  
werden – und

84 den Menschen in den Dörfern und Städten dann ohne Beteiligung Großprojekte vor die  
Nase  
85 gesetzt werden. Eine Bürger\*innen-Energiewende kann monopolistische und  
oligopolistische  
86 wirtschaftliche Machtstrukturen aufbrechen und Kooperativen, Genossenschaften sowie  
Kommunen  
87 und Regionen die Chance eröffnen, selbst über ihre Energieerzeugung zu bestimmen  
und davon  
88 zu profitieren. So könnten bis 2050 rund 264 Millionen Energiebürger\*innen 45 % des  
89 Strombedarfs der EU decken.

90 Menschen in allen Ländern Europas sollen ihren privat erzeugten Strom ins Netz  
einspeisen  
91 und dafür eine auskömmliche Vergütung erhalten. Sobald die Netze in Europa  
92 grenzüberschreitend ausgebaut sind, soll es so auch möglich werden, dass zum Beispiel

93 griechische Haushalte mit ihrer Solaranlage Strom nach Deutschland exportieren  
können.

94 Verantwortung für den ÖPNV bei den Kommunen

95 Die Verantwortung für die Organisation des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) soll bei  
Städten  
96 und Kommunen bleiben. Vorgaben für die Erstellung und Veröffentlichung von  
Nahverkehrsplänen  
97 helfen den Bürger\*innen nicht, und genauso wenig ist es in ihrem Sinne, wenn die  
98 Auftragsvergabe an kommunale Betriebe erschwert wird. Europa sollte sich an dieser  
Stelle  
99 heraushalten. Verordnungsvorschläge der EU-Kommission zur Liberalisierung und  
Öffnung des  
100 Marktes für Verkehrsunternehmen aber zielen in eine andere Richtung. Sie nehmen  
Kommunen und  
101 Regionen dieses wichtige Steuerungselement.

102 Kommunen und Regionen müssen, zum Beispiel als Betreiber öffentlicher Busbahnhöfe,  
103 entscheiden können, inwieweit privaten Busunternehmen der gleiche Zugang wie  
öffentlichen  
104 Verkehrsunternehmen gewährt wird. Die Rolle der EU muss sich darauf beschränken,  
Regeln für  
105 Transparenz und fairen Wettbewerb bei Großprojekten vorzugeben. Im Sinne einer  
nachhaltigen,  
106 umfassenden örtlichen und regionalen Mobilitätsstrategie, die die Mobilität von  
Bürger\*innen  
107 und den Klimaschutz beachtet, ist eine starke Rolle von Kommunen und Regionen  
förderlich.

108 Sparkassen und andere kleine Banken stärken

109 Unsere mittelständische Wirtschaft braucht regional verwurzelte Banken, welche die  
110 Versorgung ihrer Regionen mit Krediten und Finanzdienstleistungen im Auge haben. Wir  
Grünen  
111 haben uns im Europaparlament erfolgreich für einfachere Regeln für kleinere, solide  
Banken

112 eingesetzt. Wir wollen die europäische Finanzmarktgesetzgebung weiter vereinfachen.  
Wer über  
113 solides Eigenkapital und ein konservatives Geschäftsmodell verfügt, soll bei  
Meldepflichten  
114 und laufender Aufsicht entlastet werden. So stärken wir regionale Banken für die  
Zukunft.

115 Das europäische Ausschreibungs- und Vergaberecht fördert Transparenz, es stärkt nicht  
nur  
116 den Binnenmarkt. Das Verfahren hat sich seit der letzten Reform erheblich verbessert  
und  
117 ermöglicht inzwischen auch die Festlegung von sozialen, ökologischen und ethischen  
118 Kriterien. Das ist ein GRÜNER Erfolg! Es stellt allerdings Kommunen und kleine lokale  
119 Anbieter von Dienstleistungen häufig immer noch vor hohe administrative  
Herausforderungen  
120 und dient zu oft als Sündenbock. Wir wollen deshalb die Schwellenwerte im  
Vergaberecht  
121 erhöhen. Außerdem wollen wir die aktive Kommunikation der Regeln und ihrer Chancen  
durch die  
122 EU verbessern und auch kleinen lokalen Anbietern bei Ausschreibungen mit Hinweisen  
zu den  
123 rechtlichen Rahmenbedingungen unter die Arme greifen. Auch Schulungen in den  
124 Kommunalverwaltungen können die Steuerungsfähigkeit von Kommunen im  
Vergabeverfahren  
125 stärken.

126 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 127 • den Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge,
- 128 • europäische Unterstützung im sozialen Wohnungsbau,
- 129 • den Schutz unseres Trinkwassers vor Privatisierung,
- 130 • öffentlichen Nahverkehr in kommunaler Hand.

## 131 **6.2 Grenzüberschreitend zusammenleben**

132 Das Herz der EU sind ihre Bürgerinnen und Bürger. Städtepartnerschaften zwischen  
zwei und  
133 mehr Ländern sorgen seit vielen Jahren dafür, dass sich Menschen näherkommen, über  
134 Landesgrenzen hinweg Freundschaften und gemeinsame Projekte entstehen und der  
europäische  
135 Gedanke mit Leben gefüllt wird. Wir wollen sie stärken, ihre Erneuerung wo nötig  
136 unterstützen und die europäischen Mittel entsprechend ausbauen. Programme und  
Fonds für  
137 Kleinprojekte, die die unmittelbare Begegnung europäischer Bürger\*innen fördern, wie  
138 Erasmus+, Europa für Bürgerinnen und Bürger, Kreatives Europa und der Europäische  
139 Sozialfonds (ESF) eröffnen Menschen aus unterschiedlichen EU-Staaten die Chance zu  
140 gemeinsamen Aktivitäten und Projekten und helfen somit bei der Herausbildung eines  
141 europäischen Gemeinschaftsgefühls.

142 Für grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind die INTERREG Programme der  
Europäischen Union

143 wichtige Instrumente, da sie gemeinsame Herausforderungen von EU-Mitgliedsstaaten  
und  
144 benachbarten Staaten angehen. Statt einer Kürzung der Mittel, wollen wir die  
INTERREG-  
145 Programme erweitern und setzen uns dafür ein, dass weiterhin auch Regionen, die  
keine  
146 direkte Landgrenze zu Nachbarstaaten haben, förderfähig bleiben.

147 Europa kann und soll die Förderung von Klein- und Begegnungsprojekten mit  
niedrigschwelligem  
148 Ansatz verstärken. Wir unterstützen den Vorschlag zivilgesellschaftlicher  
Organisationen und  
149 des Europaparlaments, das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, aus dem  
sich lokale  
150 Austauschprojekte finanzieren lassen, auf ein Budget von 1 Euro pro Bürger\*in  
aufzustocken  
151 und es damit mehr als zu verdoppeln.

152 Grenzüberschreitende Metropolregionen (Euregio) und Kommunalverbände  
(Eurodistrikte) leben  
153 diese europäische Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene vor. In der Euregio Maas-  
Rhein, die  
154 sich über die belgische, niederländische und deutsche Grenze hinweg erstreckt, lässt  
sich  
155 beispielsweise schon heute beobachten, dass Kooperation funktioniert. In vielen  
konkreten  
156 Alltagsfragen sind Euregios und Eurodistrikte Vorreiter für transnationale Lösungen.  
Dafür  
157 brauchen sie Flexibilität. Sie sollen beispielsweise in die Lage versetzt werden, die  
158 Trägerschaft von grenzüberschreitenden Einrichtungen wie Kindertagesstätten oder  
159 Gesundheitseinrichtungen zu übernehmen und grenzüberschreitenden öffentlichen  
Nahverkehr zu  
160 betreiben. Dieses Engagement darf nicht durch unnötige bürokratische Hürden  
blockiert  
161 werden. Bisher ist es so, dass Behörden für solche transnationalen Projekte eine  
parallele  
162 Zertifizierung durch die EU sowie die Mitgliedstaaten brauchen. Das wollen wir ändern.

163 Zudem soll das Prinzip der „einzigen Prüfung“ (Single Audit Principle) angewandt und  
die  
164 Prüfung von Verwendungsnachweisen in die Hände professioneller Auditstellen vor Ort  
gelegt  
165 werden. Mit solchen zentralen Anlaufstellen und einer gebündelten Zertifizierung kann  
Europa  
166 den Verwaltungsaufwand für transnationale Projekte deutlich senken.

167 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 168 • mehr Möglichkeiten im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf  
169 regionaler  
und kommunaler Ebene,
- 170 • weniger Bürokratie bei grenzüberschreitenden Kitas und  
Gesundheitseinrichtungen.

### 171 **6.3 Förderpolitik neu ausrichten**

172 Vielen Bürgerinnen und Bürgern offenbart sich die EU durch Förderprogramme, etwa  
wenn sie in  
173 ihrem Dorf Schilder entdecken, auf denen der Hinweis steht, dass Gebäude und  
Projekte durch  
174 Mittel der EU finanziert wurden. Ein Drittel des EU-Haushalts, rund 53 Milliarden Euro  
175 allein für 2018, wird für Förderprogramme verwendet, die überwiegend in regionale  
oder  
176 lokale Projekte fließen. Diese Struktur- und Kohäsionsfonds sind ein Mittel der EU, um  
177 wirtschaftlich schwächere Regionen, beispielsweise durch den Aufbau einer modernen  
178 Infrastruktur, zu unterstützen. Ziel dieser Umverteilung ist der Ausgleich regionaler  
179 Unterschiede und die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts,  
sowohl  
180 innerhalb der Mitgliedstaaten als auch zwischen ihnen. Die Förderpolitik muss die  
Vielfalt  
181 ländlicher Regionen in Europa abbilden und den Regionen bei der Mittelverwendung  
möglichst  
182 viel Entscheidungsfreiheit lassen. Die gezielte Stärkung ländlicher Räume ist auch ein  
183 wichtiger Beitrag, den Siedlungsdruck auf die Ballungsräume abzumildern.  
Regionalfonds  
184 bieten den Regionen die Chance, ihre jeweiligen Herausforderungen zielgerichtet  
anzugehen.  
185 Eine zentrale Rolle kommt dabei der regionalen Daseinsvorsorge zu, die wir auch in  
diesem  
186 Aspekt besonders fördern wollen. Wir setzen uns für eine bessere Kombinierbarkeit und  
187 Vereinfachung der bestehenden Fördertöpfe auf europäischer, Bundes-, Länder- und  
regionaler  
188 Ebene ein.

189 Wir treten für ein Europa ein, in dem schwächere Regionen besonders gefördert  
werden, in dem  
190 es lebendige ländliche Räume gibt, die von und mit der Landwirtschaft leben, und  
191 Naherholungs-, Industrie- oder Dienstleistungsregionen. Europa kann durch seine  
192 Förderpolitik dazu beitragen, dass Jugendliche ihren Heimatort nicht verlassen, ältere  
und  
193 andere hilfebedürftige Menschen in ihrem Umfeld die Hilfe bekommen, die sie  
benötigen, und  
194 Bäuerinnen und Bauern im Einklang mit der Natur Landwirtschaft betreiben können.  
Dafür  
195 brauchen wir eine zielgerichtete Förderung, die sich am sozialen Zusammenhalt, der  
196 Geschlechtergerechtigkeit, an der öffentlichen Infrastruktur und ökologischen  
Zielsetzungen  
197 orientiert. Wir haben uns in der laufenden Förderperiode erfolgreich dafür eingesetzt,

dass  
198 mehr Mittel für diese Schwerpunkte verwendet werden können.  
199 Zugang zu Fördermitteln vereinfachen und entbürokratisieren  
200 Europäische Fördermittel bieten für Kommunen wie auch für  
Nichtregierungsorganisationen eine  
201 Chance, um zusätzliche, innovative Projekte zu entwickeln. Die Beantragung der Mittel  
ist  
202 jedoch oft zu kompliziert. Dadurch werden manche Antragsteller abgeschreckt und gute  
203 Projekte nicht verwirklicht. Für die kommende Haushaltsperiode ab 2020 braucht es  
daher ein  
204 Umsteuern. Der Verwaltungsaufwand der EU-Förderprogramme, insbesondere für  
Kleinprojekte,  
205 muss erheblich reduziert werden. Bei der Bewilligung und Prüfung von  
Förderprogrammen sollte  
206 überprüft werden, ob die wesentlichen Ziele des Programms erreicht werden.  
207 Wer GRÜN wählt, stimmt für  
208 • einen vereinfachten Zugang zu EU-Fördermitteln,  
209 • EU-Förderprogramme, die Armut bekämpfen, Natur und Umwelt schützen und den  
sozialen  
210 Zusammenhalt stärken.

#### 211 **6.4 Städten und Regionen eine Stimme geben**

212 Es ist längst offensichtlich, dass die Umsetzung europäischer Ziele – Umwelt- und  
213 Klimaschutz, nachhaltige Stadtentwicklung, Bildung, Armutsbekämpfung und  
Integration – nur  
214 mit aktiver Beteiligung der Kommunen und Regionen sowie zivilgesellschaftlichem  
Engagement  
215 gelingen kann. In vielen Förderprogrammen der EU werden Kommunen unmittelbar  
einbezogen;  
216 eine transnationale Kooperation auf kommunaler Ebene wird häufig ausdrücklich  
gefördert.  
217 Dies ist auch sinnvoll, da der Binnenmarkt und andere EU-Politiken den  
Handlungsrahmen von  
218 Kommunen und Regionen setzen und bestimmen. Trotzdem wird die Frage, ob und wie  
Kommunen und  
219 Regionen oder auch gemeinnützige Organisationen in formelle europäische  
220 Entscheidungsprozesse einbezogen werden, oft als innerstaatliche Angelegenheit  
betrachtet.  
221 Dies entspricht aber schon lange nicht mehr ihrer gewachsenen Bedeutung als  
kulturelle  
222 Bezugsebene. Wir setzen uns dafür ein, dass ihre direkte politische Beteiligung gestärkt  
223 wird. Kommunen und Regionen müssen regelmäßig in Konsultationen, Anhörungen und  
Feedbacks in  
224 Gesetzgebungsverfahren sowie beim Design von Förderprogrammen, die sie betreffen,  
einbezogen

225 werden. So können sie ihre Expertise eigenständig einbringen. Ein wichtiger Hebel  
besteht  
226 hier auch in der Stärkung der Rechte des Europäischen Ausschusses der Regionen  
(AdR), der  
227 Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der EU. Es ist wichtig, dass auch  
weiterhin  
228 bei der Gestaltung und Vergabe von Förderprogrammen das Partnerschaftsprinzip zur  
Anwendung  
229 kommt. Durch die gesetzlich sichergestellte Einbindung von lokalen und regionalen  
Behörden  
230 und Nichtregierungsorganisationen in der europäischen Förderpolitik kann garantiert  
werden,  
231 dass deren Know-how berücksichtigt wird.

232 Wer GRÜN wählt, stimmt für

- 233 • ein gesichertes Mitspracherecht von Kommunen, Regionen und Nichtregierungs-  
234 organisationen bei europäischen Gesetzgebungsverfahren und  
Förderprogrammen.